

HÜSKENS: LANDESREGIERUNG MUSS GELTENDE RECHTSMITTEL EINSCHRÄNKUNGEN VOM LANDTAG RECHTFERTIGEN

12. Januar 2021

Lydia Hüskens, amtierende Landesvorsitzende der FDP, kritisiert die neuen Beschlüsse zu Freiheiten und Mobilität der Landesregierung scharf. „Die Kenia-Koalition ist nicht bereit, zu gewährleisten, dass die Nachverfolgung der Infektionswege gesichert ist. Trotzdem war sie nicht bereit, die Software zur Nachverfolgung der Infektionswege zeitnah einzuführen“, so Hüskens. Sie ist nicht bereit, freiwillige Maßnahmen in Gebieten mit hohen Fallzahlen anzubieten, obwohl die Corona-Kurve in und Stadt Magdeburg aus dem Dezember 2020 zeigt, dass

dadurch nicht in Frage gestellt werden.“

Statt sich auf die eigenen Versäumnisse zu konzentrieren, erfindet die Regierung immer wieder neue Einsparungsmöglichkeiten, um die Gesundheit aller schützen sollen, selbst wenn diese, wie zum Beispiel die Corona-Leine von Gerichten bereits verworfen wurde. Äußerungen von Ministerpräsidenten gegenüber dem Spiegel, man sei am Ende der Corona-Leine angelangt, muten in diesem Kontext geradezu bizarr an. Dies wird auch deutlich, wenn man sieht, dass die CDU keine Hemmungen hat, den eigenen Kurs zu ändern, um Zeit in der Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Holger Stahlknecht zu gewinnen.

Zudem erneuert Hüskens ihre Forderung, alle Maßnahmen im Landtag zu diskutieren.